

Wahlprüfstein DIE LINKE

Wahlkompass von ZMD, IZ und der DML

Islam

1. Rund 2 Milliarden Menschen weltweit und etwa 5 Millionen Menschen in Deutschland sind Muslime.

Was verbinden Sie mit der Weltreligion Islam?

Milliarden Menschen finden in der Religion Halt. DIE LINKE. respektiert das und verteidigt die Religionsfreiheit. Sie sucht den Dialog mit Muslimen und verteidigt sie gegen Ausgrenzung und Diskriminierung. Sie wendet sich gegen den antimuslimischen Rassismus, der verstärkt seit dem sogenannten „Krieg gegen den Terror“ verbreitet wird oft unter dem Deckmantel von so genannter „Islamkritik“.

Auch inhaltlich gibt es viele Anknüpfungspunkte für gemeinsames Handeln. Wir unterstützen wir den Einsatz von Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen und Religionen für globale soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden.

2. Gibt es für Sie relevante Beiträge von Deutschlands Muslimen zum Wohle der Gesellschaft?

Muslime gehören zu Deutschland. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben in Deutschland. Neben der religiösen Dimension leisten sie caritative Arbeit, sind wichtig für die Integration und auch für die Präventionsarbeit. Wir anerkennen die wichtige Arbeit von muslimischen Gemeinden z.B. in der Flüchtlingsolidarität. Auch werden in der Zukunft Fragen wie die der Wohlfahrtspflege an Bedeutung gewinnen.

3. Die Themen Islam und Muslime werden nachgewiesenermaßen mehrheitlich negativ behandelt und wahrgenommen. Wie kann angesichts einer vorurteilsbehafteten öffentlichen Mehrheitsmeinung und einschlägiger Medienberichterstattung die Politik einen rationalen Kontrapunkt setzen? Wie sähe der Beitrag Ihrer Partei aus?

DIE LINKE. unterstützt neben vielen lokalen Initiativen das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“. DIE LINKE veröffentlicht regelmäßig Material mit Argumenten gegen Rassismus - zuletzt eine Broschüre „Stoppt die AfD“, die gegen Vorurteile gegen Muslime argumentiert. Wir wollen eine unabhängige Beobachtungsstelle »Extreme Rechte, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« schaffen. Auf unserem Bundesparteitag in Magdeburg 2016 hielt Aiman Mazyek ein Grußwort. Das war uns ein wichtiges Signal angesichts von Pegida und der erstarkenden AfD.

4. Warum ist der „Dialog“ der Religionen (u.a. anderer gesellschaftlicher Gruppen) wichtig?

Der Dialog der Religionen und anderer gesellschaftlicher Gruppen ist wichtig, um gegenseitige Vorurteile abzubauen und so eine Grundlage für gemeinsames Handeln zu schaffen. Es ist bezeichnend, dass in den Teilen Deutschlands, in denen die wenigsten Muslime leben, die Vorurteile und der Hass am größten sind. Das belegen mehrere Studien.

5. Ein erheblicher Teil der Politik schaut bisher nur dann in der muslimischen Community vorbei, wenn es um Kandidatenkür und anstehende Wahlen geht. Wie zufrieden sind Sie mit der politischen Einbindung von Muslimen und der Kommunikationen mit diesen?

DIE LINKE. steht in Kontakt mit muslimischen Verbänden und Gemeinden und arbeitet z.B. mit dem ZMD in Bündnissen gegen Rassismus. Wir nehmen an Veranstaltungen teil. Aber es braucht mehr Kommunikation vor Ort – auch zwischen LINKEN und muslimischen Gemeinden. Ausgangspunkt müssen gemeinsame politische Anliegen oder das Handeln gegen die Diskriminierung von Muslimen sein. DIE LINKE kritisiert, dass die Bundesregierung – u. a. bei der

Islamkonferenz - wiederholt das Thema Sicherheit ins Zentrum gestellt hat und so dazu beiträgt, Muslime in die Nähe von Terrorismus und Extremismus zu rücken.

6. Was fasziniert Sie am Islam, an den Muslimen?

DIE LINKE. ist eine nicht-religiöse, aber keine antireligiöse Partei. Wir respektieren das Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Religionen. Das bedeutet auch, dass wir uns einer pauschalen Bewertung des Islams und von Muslimen enthalten. In der LINKEN finden sich Menschen verschiedener Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften und konfessionslose Menschen wieder.

Innenpolitik

7. Welche Bedeutung hat für Sie die im deutschen Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit in Bezug auf den Islam und die Muslime in Deutschland?

Das Menschenrecht auf freie Religionsausübung schließt das Recht auf das Bekenntnis zu einer Religion in der Öffentlichkeit ein. DIE LINKE. spricht sich in ihrem Wahlprogramm gegen Verbote von religiös motivierter Bekleidung aus und lehnt eine Einschränkung von Beschäftigtenrechten auf dieser Grundlage ab. DIE LINKE. ist gegen die Verbote von Badebekleidung und gegen Verbote von Sakralbauten. Die LINKE fordert auch die Gleichstellung beim Religionsunterricht oder bei der Seelsorge. Wir wollen zudem, jüdische und muslimische Feiertage als staatlich geschützte anzuerkennen.

8. Warum sind sowohl der Islam, als auch die Muslime ein Teil Deutschlands?

Der Islam ist in Deutschland die drittgrößte Glaubensgemeinschaft. Muslime leben und praktizieren ihre Religion hier, sie sind fester Teil einer vielfältigen Gesellschaft – damit gehört der Islam gehört zu Deutschland und die Muslime auch. Das sehen laut dem aktuellen Religionsmonitor der Bertelsmann-Stiftung auch die Muslime so, von denen 94% sich mit Deutschland verbunden fühlen. Umso schändlicher ist es, dass 19 % der Deutschen keine muslimischen Nachbarn haben wollen.

9. Was können Muslime konstruktiv zu den großen Fragen Deutschlands beitragen?

Muslime unterscheiden sich grundsätzlich nicht von anderen Bürgerinnen und Bürgern. Viele Muslimische Bürger leisten einen wichtigen Beitrag zum solidarischen Zusammenleben, für Geflüchtete, gegen Rassismus, Ausgrenzung, Armut und Krieg.

10. Welche konkreten Pläne und Konzepte haben Sie, um die großen muslimischen Religionsgemeinschaften – mit ihren tausenden Moscheen, hunderttausenden Mitgliedern sowie noch mehr Moscheebesuchern – in Hinblick auf eine Anerkennung als Religionsgemeinschaft und Körperschaft des Öffentlichen Rechts zu unterstützen? Braucht es hier nicht eine Loslösung von der anhaltenden Debatte um die jetzige türkische Regierung sowie die deutsch-türkischen Beziehungen?

DIE LINKE. befürwortet eine Debatte über die Gleichberechtigung und die Institutionalisierung des Islam gemeinsam mit muslimischen Gemeinden und Verbänden. Es braucht eine rechtliche Gleichstellung als Religionsgemeinschaft. DIE LINKE verurteilt die Repression Erdogans, sein Vorgehen gegen die Opposition und die andauernden Rüstungsexporte der Bundesregierung. Kritik an Erdogan darf nicht zu rassistischen Vorurteilen gegenüber türkischstämmiger Bevölkerung oder zur Einschränkung von Religionsfreiheit in Deutschland führen. Die innenpolitische Debatte ist zu trennen von der außenpolitischen Debatte.

11. Wie im Judentum gibt es im Islam die Beschneidung von Jungen sowie das betäubungslose Schlachten. Beide religiösen Traditionen/Gebote stehen seit Jahren im Fokus von teils unangenehmen Debatten, bei denen auch antisemitische und

antimuslimische Ressentiments durchscheinen. Wie positionieren Sie sich in beiden Fragen?

DIE LINKE. fordert keine Veränderung bei der gesetzlichen Regelung zur Beschneidung oder dem Schächten in ihrem Wahlprogramm. Sie setzt sich ein für die bestehenden Regelungen, bzw. Regelungen im Einvernehmen mit jüdischen und muslimischen Verbänden.

DIE LINKE. ist sich bewusst, dass Rassisten beide Themen nutzen, um Vorurteile gegen Juden und Muslime zu schüren. Als 2013 die NPD in Erfurt gegen eine Halal-Schlachtereie protestierte, demonstrierten Bodo Ramelow und DIE LINKE. dagegen.

12. Inwiefern setzen Sie sich für das Wahlrecht auch für Nicht-EU-Ausländer, die seit mehreren Jahren in Deutschland leben, bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen ein?

DIE LINKE setzt sich auch weiterhin für ein Wahlrecht auf allen Ebenen für Nicht-Deutsche, welche seit mehreren Jahren in Deutschland leben, ein. Als ersten Schritt fordert DIE LINKE ein kommunales Wahlrecht für alle Nicht-EU-Bürgerinnen und –Bürger.

Hierzu gab es in der Vergangenheit bereits eine Reihe von parlamentarischen Aktivitäten seitens DER LINKEN. Parlamentarische und außerparlamentarischen Initiativen wird DIE LINKE auch zukünftig unterstützen oder initiieren.

13. Wie stehen Sie zur doppelten Staatsbürgerschaft?

DIE LINKE. fordert, dass alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen im Grundsatz die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten sollen und ein Recht auf Mehrstaatlichkeit haben – ohne die Staatsbürgerschaft der Eltern ablegen zu müssen. Wir wollen Migrantinnen und Migranten die politische Partizipation durch die generelle Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft ermöglichen. Die Einbürgerung wollen wir erleichtern.

Flüchtlinge/Zuwanderung

14. Für die Muslime, wie für gläubige Christen, ist die Hilfe von Menschen in Not eine Pflicht. Seit Beginn der „Flüchtlingskrise“ haben sich viele Christen sowie eine überproportional große Zahl von Muslimen in der Nothilfe sowie der langfristigen Betreuung engagiert. Damit haben sie auch das positive Bild Deutschlands im Ausland mit geprägt. Welcher Umgang mit dem Thema Flüchtlinge ist von Ihrer Partei für die nächsten vier Jahre zu erwarten?

DIE LINKE hat sich mehrfach in und außerhalb des Parlaments für gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten ausgesprochen. Wir wollen eine solidarische Einwanderungsgesellschaft mit sozialer Sicherheit statt Konkurrenz um Arbeitsplätze, Wohnungen und Bildung. Mit einer sozialen Offensive für alle, die den Zusammenhalt der Gesellschaft stärkt. Wir wollen die Rechte von Asylsuchenden stärken, diskriminierende Sondergesetze wie das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen und Integrationskurse von Anfang an für alle Asylsuchende öffnen.

15. Welche Unterstützung wollen sie unternehmen, damit die Arbeit mit Geflüchteten auch unter der Maßgabe Fördern und Fordern durch muslimischen Institutionen und zivile Einrichtungen weiter fortgeführt wird?

DIE LINKE. hat die Bundesregierung zur "Integration von Flüchtlingen mit Hilfe von Islamverbänden" befragt und sich hierbei insbesondere auch auf Informationen der ZMD gestützt (vgl. BT-Drs. 18/7289). Da die Aufnahme von Flüchtlingen eine gesamtstaatliche Aufgabe ist hat sich DIE LINKE. für eine Verantwortung des Bundes für die Übernahme entsprechender Kosten der Aufnahme von Flüchtlingen, ausgesprochen. Dabei wollen wir alle zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützen, die sich mit und für Flüchtlinge engagieren.

16. Die Flüchtlingskrise ist eine Folge von vermehrten Fluchtursachen. Was wollen Sie daher unternehmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, der „Kriegspolitik“, der Unterstützung und Betreuung von Flüchtlingsstätten (Türkei, Jordanien, Libanon u.a.) und der Außenwirtschaftspolitik, z.B. durch Programme in den maghrebischen Staaten, zur Verhinderung weiterer Flüchtlingskrisen?

Für DIE LINKE. steht das „Recht, nicht migrieren zu müssen“ im Zentrum. Wir setzen uns dafür ein, dass Bundesregierung und EU die Mittel für die Flüchtlingshilfe, vor allem für das UNHCR, deutlich erhöhen. Generell muss sich die Flüchtlingspolitik darauf ausrichten, den Geflüchteten die Möglichkeit zu Arbeit und Integration in den Zufluchtsländern zu eröffnen – u.a. in Kooperation mit den Partnerländern im Süden. Die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit wollen wir bis 2021 verdoppeln und ihre Zweckentfremdung für Migrationskontrolle, Aufrüstung und Ertüchtigung von Sicherheitsapparaten stoppen.

Die Hauptprobleme sind strukturell und global. Fast immer hängen Fluchtursachen mit der weltweiten Ungleichheit zwischen Arm und Reich zusammen. Diese wächst durch Ausbeutung in ungerechten Handelsbeziehungen, das Erstarken großer Agrarkonzerne, rücksichtslos agierende transnationale Konzerne und den durch die Industrieländer in erster Linie zu verantwortenden Klimawandel. Deshalb setzt sich DIE LINKE. für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, gerechte Handelsbeziehungen, gegen Krieg und Rüstungsexporte, gegen Landraub, für faire Produktionsverhältnisse, für Demokratie und Menschenrechte weltweit ein.

17. Welche Kernpositionen nehmen Sie in der Zuwanderungsdebatte ein?

Einwanderung ist keine Bedrohung oder ökonomische Belastung, sondern eine Realität, die es positiv zu gestalten gilt. Die Bundesrepublik ist eines der reichsten Länder der Welt. Der Reichtum ist jedoch extrem ungleich verteilt. Ohne weiteres wäre es möglich, mehr Geflüchtete aufzunehmen. DIE LINKE will auch jenseits des Asylsystems Einwanderung ermöglichen. Ein nach kapitalistischen Verwertungskriterien ausgerichtetes Punktesystem für Einwanderung lehnen wir allerdings ab. Wichtig ist uns ein vereinfachter Familiennachzug u.a. durch Verzicht auf Sprachtests vor der Erteilung des Visums.

Diskriminierung und Rassismus

18. Welche Positionen und Forderungen hat Ihre Partei bezüglich der wachsenden Diskriminierung von Muslimen in Teilen der Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Medien und sozialen Netzwerken formuliert?

DIE LINKE verurteilt jegliche Diskriminierung von Musliminnen und Muslimen in den sozialen Netzwerken und in Teilen der Bevölkerung. DIE LINKE fordert die Anerkennung des Islams als Religionsgemeinschaft und ein gleichberechtigtes Zusammenleben der Religionen. Wir wollen die wachsende Islamfeindlichkeit bekämpfen. Deshalb setzen wir uns weiterhin für den Ausbau des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ein und fordern die Einrichtung von Leitstellen gegen Diskriminierung und Rassismus und den Ausbau von Beratungsstellen in allen Bundesländern, um Betroffene in ihren Rechten zu stärken.

19. Wie kann es der Politik beim Themenkomplex Islam und Muslime gelingen der vorurteilsbehafteten öffentlichen Mehrheitsmeinung und einschlägiger reißerischer Medienberichterstattung einen rationalen Kontrapunkt entgegen zu setzen?

DIE LINKE. hat die Bundesregierung zu Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten im zweiten Quartal 2017 (vgl. BT-Drs. 18/ 13330) befragt. Wir fordern die Professionalisierung der Aufklärungs- und Präventionsarbeit, die Sensibilisierung von Polizei, Pädagogen, Medien, Eltern, staatlichen Institutionen. Die Bundesmittel für diese Arbeit sollen verstetigt werden. Neue Studien belegen im europäischen Vergleich ein hohes Niveau bei Sprachkompetenz, Bildung, Arbeit und soziale Kontakten der Muslime in Deutschland. Solche sachlichen Erkenntnisse müssen stärker zur Kenntnis genommen werden.

20. Angesichts der immer noch nicht umfassenden Aufarbeitung der NSU-Terrorserie und fehlender Lehren aus Fällen wie dem islamfeindlichen Mord an Marwa El-Sherbini im Dresdener Gericht: Was unternimmt Ihre Partei konkret gegen eine aggressive und rassistische Islamfeindschaft und regelmäßige Angriffe auf Muslime in Deutschland?

DIE LINKE im Bundestag ist die einzige Partei, die regelmäßig (Quartalsweise) Anfragen zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straf- und Gewalttaten stellt und damit das Thema immer wieder in die Öffentlichkeit trägt. Wir fordern die Verstärkung der Präventionsprojekte gegen Rechtsextremismus und eine stärkere Sensibilisierung von Polizei und Justiz, um rassistische Angriffe auch als solche zu bewerten. DIE LINKE fordert eine unabhängige Beobachtungsstelle Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus die den Rassismus in der Mitte der Gesellschaft stärker in den Fokus nimmt.

21. In Anbetracht von rund 100 Angriffen auf Moscheen im Jahr und unzähligen sowie vermehrt auftretenden (Mord-) Drohungen gegen muslimische Vereine und muslimische Persönlichkeiten: Wie und vor allem wann werden Moscheen und andere muslimische Einrichtungen sowie deren Vertreter besser geschützt?

Es ist Aufgabe der Polizeien des Bundes und der Länder ein umfassendes Sicherheitskonzept für die Opfer rassistischer Gewalt zu erstellen. DIE LINKE hat ein solches Konzept im Zusammenhang mit der stark gestiegenen Zahl rassistischer Angriffe immer wieder gefordert. DIE LINKE wird die über Jahre betriebenen Einsparungen bei öffentlichen Haushalten, die auch auf Kosten der Sicherheit gingen, rückgängig machen, um z.B. regelmäßige Bestreifungen gefährdeter Einrichtungen durch die Polizei wieder zu ermöglichen.

22. De facto diskriminierende Kopftuchverbote für Lehrerinnen oder Richterinnen wirken sich längst auch in der Privatwirtschaft aus. Wie lautet die Position Ihrer Partei hinsichtlich der Abschaffung von Kopftuchverboten?

DIE LINKE ist gegen Kopftuchverbote. Frauen müssen Zugang zu gesellschaftlichen Positionen haben, ohne dass ihnen Lebensformen aufgedrängt werden. Sowohl das Verbot von Kopftüchern wie der Zwang dazu wären eine Einschränkung der Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen. Es gilt, Frauen in ihrer persönlichen Entscheidung, wie sie sich kleiden, nicht zu bevormunden und keinen Druck auf sie auszuüben – weder in die eine noch die andere Richtung.

23. Welche Anstrengungen unternehmen Sie, damit Extremismus jeglicher couleur unterbunden wird und wie wollen sie die schon vorhandene Präventionsarbeit der muslimischen Gemeinden (Immunisierung durch Aufklärung in der Religion) in Zukunft noch weiter und vermehrt stärken?

Rechtsextremismus, Rassismus, Islamismus lassen sich nicht nur repressiv bekämpfen. Es muss auch an den Ursachen angesetzt werden. Westliche Interventionskriege waren und sind ein Nährboden für islamischen Extremismus. DIE LINKE steht als einzige Partei im Bundestag konsequent für eine friedliche Außenpolitik. Konkret unterstützt DIE LINKE die vorhandenen Präventionsprogramme, die gerade im Bereich des Islamismus und der Unterstützung der Moschee-Gemeinden ausgebaut und verstetigt werden sollen. Wichtig ist uns hier, dass die Projekte nicht mit einem allgemeinen „Extremismusbegriff“ arbeiten, sondern sehr gute Kenntnisse der spezifischen Probleme vor Ort haben.

Internationales

24. Die Bundesrepublik ist weltweit einer der führenden Exporteure von Waffen/militärischer Ausrüstung und unterstützt damit faktisch auch kriegführende Staaten. Wie stehen Sie allgemein zum Thema und speziell zu Lieferungen an Konfliktparteien?

DIE LINKE. will den Export von Waffen und Rüstungsgütern verbieten, zuallererst Exporte in Krisenregionen und den Export von Kleinwaffen.

25. Die deutsch-türkische Beziehungen sind derzeit wegen des Agierens verschiedener Seiten an einem Tiefpunkt angelangt. Wie möchten Sie die Beziehungen zur Türkei verbessern und die Ausgrenzung türkischstämmiger, deutscher Bürger verhindern?

Deutschland und die Türkei sind derzeit auf unheilvolle Weise miteinander verbunden. Die politische Abhängigkeit, in die uns die Bundesregierung mit dem EU-Türkei-Flüchtlings-Deal manövriert hat, wird auf der anderen Seite mit stetigen Provokationen beantwortet. Das schadet den türkischstämmigen Bürgern in Deutschland – mit und ohne deutschen Pass. Deshalb müssen wir die Versuche des türkischen Präsidenten zurückweisen, politisch in Deutschland zu intervenieren und die Bevölkerung zu spalten. Das wäre dann auch eine wichtige Grundlage für eine Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen.

26. Der Afghanistaneinsatz dauert schon länger als der Erste und Zweite Weltkrieg zusammen. Er hat über 100.000 afghanische Zivilisten und Dutzenden deutsche Soldaten das Leben gekostet. Die Sicherheitslage am Hindukusch ist aktuell katastrophal. Wieso wird laut deutschen Behörden trotzdem die Bedrohungslage für afghanische Zivilisten als niedrig bezeichnet und wann wird der deutsche Einsatz beendet sein?

DIE LINKE. war von Beginn an gegen den Einsatz und hat sämtliche Mandate im Bundestag abgelehnt. Der Einsatz ist, wie von uns erwartet, gescheitert. Wenn es nach uns ginge, könnte der Abzug sofort eingeläutet werden. Dass das Auswärtige Amt die Bedrohungslage als niedrig einstuft und Abschiebungen damit ermöglicht, halten wir für einen fatalen, vielleicht tödlichen, Fehler. DIE LINKE. ist strikt gegen Abschiebungen nach Afghanistan.

27. Wie wollen Sie zur Befriedung Syriens und Jemens beitragen und wie wollen sie den Wiederaufbau politisch und ökonomisch in Syrien bewerkstelligen?

Der erste Beitrag zum Frieden wäre, dass Deutschland aufhört, Waffen in Länder wie Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und die Türkei zu liefern, die im Jemen und Syrien entweder Krieg führen oder Kriegsparteien unterstützen. Deutschland sollte sich aus der US-geführten Koalition zurückziehen, die in Syrien an wechselnden Fronten Krieg führt. Stattdessen muss Deutschland seine diplomatische Rolle für Verhandlungen und eine politische Lösung verstärken. Humanitäre und Aufbauhilfe in Syrien darf nicht davon abhängig gemacht werden, wo welche Kriegspartei die Oberhand hat. Wir fordern ein verstärktes ziviles Engagement in Syrien, um für alle Bedürftigen Zugang zu humanitärer Hilfe zu schaffen, wirtschaftliche Kreisläufe wieder in Gang zu setzen, historische Stätten zu bewahren und Institutionen wieder aufzubauen.

28. Welche Position haben Sie bei der Auseinandersetzung um ein Staatsgebiet für Kurden?

Die Staatsgrenzen in der Region dürfen nicht gewaltsam verändert werden. Wir würden eine föderale Lösung für Syrien befürworten, in der die Kurden über ein hohes Maß an Autonomie verfügen, die territoriale Integrität des syrischen Staates aber erhalten bliebe. In diesem Sinne wenden wir uns auch gegen das angestrebte Unabhängigkeitsreferendum im Nord-Irak. Die Bundesregierung als Partnerin der kurdischen Regionalregierung sollte hier ihren Einfluss für eine Deeskalation geltend machen.

29. Welche Lösungsvorschläge haben Sie bezüglich des Palästina-Israel-Konflikts und wie wollen sie den festgefahrenen Friedensprozess wieder in Gang setzen?

Für DIE LINKE. gilt, dass Deutschland wegen der furchtbaren Verbrechen der Deutschen an Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus eine besondere Verantwortung gegenüber dem Staat Israel hat. Gleichmaßen tritt DIE LINKE für das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung in einem lebensfähigen Staat ein. Eine Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt ist nicht auf militärischem Wege zu erzielen, sondern nur durch ernsthafte Verhandlungen zwischen allen Beteiligten. Um die Lebensfähigkeit einer palästinensischen Staates garantieren zu können, muss dieser über völkerrechtlich abgesicherte Grenzen sowie freie, sichere Verkehrswege zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen verfügen und die Kontrolle

über seine eigenen Ressourcen innehaben. Ein zwischen beiden Parteien geschlossenes Friedensabkommen muss das Ende des völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungsbaus einschließen und eine Grenzziehung sollte auf der Grundlage von 1967 erfolgen. Außerdem müssen verbindliche Rückkehr- oder Entschädigungsregelungen für palästinensische Flüchtlinge gefunden werden.

30. Donald Trump versucht seit seiner Amtseinführung, die Einreise von Muslimen in die USA einzuschränken. Was würden Sie dem US-Präsidenten sagen?

Wir hoffen und sind zuversichtlich, dass die US-amerikanische Justiz und Zivilgesellschaft das Notwendige zu Trumps Vorhaben sagen werden, pauschale Einreisverbote zu verhängen. Auf der Ebene der internationalen Politik lässt sich jedenfalls eindeutig feststellen, dass ein solcher Schritt internationale Spannungen nicht abbauen, sondern verschärfen würde. Insofern hoffen wir, dass auch die Bundesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf einwirkt, dass es dazu nicht kommt.